# Progressive Antworten auf die Eurokrise:

## *Warum wir radikale Lösungen brauchen*

Policy Paper

Momentum 13: Fortschritt

17. bis 20. Oktober 2013

Track #10: Europa – Ein Fortschritt? / Europe – A Progress?

Lisa Mittendrein und Valentin Schwarz sind
bei Attac Österreich aktiv

# I. Einleitung

Die bisherigen Antworten von Regierungen und EU-Institutionen auf die Finanz- und Wirtschaftskrise waren, mit Ausnahme eines kurzen keynesianischen Moments 2008, neoliberal geprägt: Bankenrettungen, Kürzungspolitik, Deregulierung und „innere Abwertung“ werden von den politischen Eliten mit zunehmend autoritären Methoden durchgesetzt.

**Progressive Unterstützung für konservative Krisenpolitik**
Sozialdemokratische und andere progressive Spitzenpolitiker_innen, die sich europaweit in einer Minderheitenposition befinden, haben diesen Kurs bislang weitgehend mitgetragen und etwa 2012 dem Fiskalpakt zugestimmt, der ihren eigentlichen wirtschafts- und sozialpolitischen Grundsätzen fundamental zuwiderläuft. Parallel haben sie angesichts der katastrophalen sozialen und ökonomischen Konsequenzen dieser Politik nach und nach begonnen, Alternativen zum neoliberalen Mainstream vorzuschlagen. Beispiele dafür sind der Wunsch nach wachstumsfördernden Maßnahmen als Ergänzung zu den bereits umgesetzten Kürzungsmaßnahmen, die Forderung nach einer Vermögenssteuer sowie nach Eurobonds, also nach einer Vergemeinschaftung der Schuldenaufnahme innerhalb der Eurozone.

**Analyse der Forderungen nach Vermögenssteuern und Eurobonds…**
In unserem Policy Paper analysieren und bewerten wir konkrete Vorschläge progressiver Akteur_innen – gemeint sind Parteien, Gewerkschaften und NGOs – zu den Maßnahmen Vermögenssteuer und Eurobonds. Wir orientieren uns dabei an der Krisenanalyse der „drei Us“ (Horn et al. 2009), überprüfen die Forderungen also darauf, ob und wie sehr sie die drei zentralen Krisenursachen Ungleichheit, makroökonomische Ungleichgewichte und unregulierte Finanzmärkte beheben. Darüber hinaus bewerten wir das Potenzial der Vorschläge, einen grundsätzlichen ökonomischen und politischen Wandel in Europa einzuleiten. Die Eurokrise macht deutlich, dass der bisherige, von Standortwettbewerb und Steuerwettlauf nach unten geprägte Integrationsmodus gescheitert ist. Progressive Akteur_innen müssen ihm nun eine über die unmittelbare Krisenbewältigung hinausgehende Vision einer Europäischen Union entgegensetzen, die für soziale Gerechtigkeit und Lebensqualität für alle Menschen steht.

**…und radikale Alternativen**
Wir vertreten in unserer Analyse und Bewertung die Position, dass Vermögenssteuern und Eurobonds zwar kleine Schritte in die richtige Richtung darstellen, aber weder die Krise bewältigen noch zur Entwicklung und Durchsetzung der genannten politischen Vision beitragen können. Wir schlagen daher vor, dass progressive Akteur_innen in Europa deutlich weiter gehen und radikale Antworten auf die Eurokrise geben sollten. Solche radikalen Alternativen stellen wir im jeweils dritten Abschnitt unserer Kapitel II und II vor: die Forderung nach einer einmaligen, hohen Vermögensabgabe, die jene nach einer herkömmlichen Vermögenssteuer ergänzt; sowie den Vorschlag eines neuen Modus der Staatsfinanzierung, der öffentliche Aufgaben von der Abhängigkeit von privaten Finanzmärkten befreit.

## II.a.) Vermögenssteuer: Ein progressiver Vorschlag?

Seitdem als Folge von Finanz- und Wirtschaftskrise in allen Eurostaaten Budgetdefizite und Staatsschulden steigen, gehört die Forderung nach einer Vermögenssteuer zum Standardrepertoire progressiver politischer Player. Die vertretenen Modelle zielen meist auf eine Besteuerung des Netto-Privatvermögens ab, ziehen also etwaige Schulden von der Bemessungsgrundlage ab und sehen Ausnahmen für Betriebsvermögen vor.

**Vermögenssteuer-Modelle in Österreich…**
In Österreich fordert die Sozialdemokratische Partei seit 2009 die Wiedereinführung von Vermögens- und Erbschafts- und Schenkungssteuer. Abgesehen vom Freibetrag, der eine Million Euro betragen soll, waren zum Zeitpunkt der Recherche in öffentlich zugänglichen SPÖ-Dokumenten keine Details zur „Millionärssteuer“ zu finden. In einem Fernsehauftritt im Vorfeld der Nationalratswahl 2013 nannte Parteichef und Bundeskanzler Werner Faymann einen progressiven Steuersatz zwischen 0,5 und 1 Prozent. Die drei vermögensbezogenen Steuern sollen somit insgesamt 1,5 bis 2 Milliarden Euro pro Jahr einbringen. (Der Standard 2013)
Der Österreichische Gewerkschaftsbund setzt bei einem niedrigeren Freibetrag an und fordert eine Vermögenssteuer zwischen 0,5 und 1,5 Prozent ab 700.000 Euro. Damit sollen jährlich 2,5 bis 3 Milliarden Euro eingenommen werden. (ÖGB 2011: 4)
Weiter geht „Wege aus der Krise“, ein Bündnis aus Gewerkschaften und NGOs: Die „zivilgesellschaftliche Allianz“ fordert auf Basis eines von der GPA-djp entwickelten Modells eine Vermögenssteuer ab einem Freibetrag von 500.000 Euro. Sie soll mit einem progressiven Steuersatz von 0,45 bis 1,45 Prozent rund 3,5 Milliarden Euro pro Jahr einbringen. (Wege aus der Krise 2010: 3)
Die österreichischen Grünen traten lange Zeit für eine Vermögenssteuer ein, ohne ein konkretes Modell zu präsentieren. Teilweise nannten ihre Vertreter_innen Eckdaten, die den Konzepten von ÖGB und „Wege aus der Krise“ ähnelten. (ORF 2011) Im Nationalratswahlkampf 2013 gaben die Grünen diese Forderung jedoch auf und wollen nun lediglich Erbschaften besteuern. Die dazu bekannten Details sind allerdings widersprüchlich: Während im Grünen Wahlprogramm zur Nationalratswahl 2013 eine Erbschaftssteuer ab 500.000 Euro gefordert wird (Die Grünen 2013b: 38), nannte Finanzsprecher Werner Kogler unmittelbar vor der Wahl mögliche Freibeträge von 4 oder 5 Millionen Euro, also eine bis zu zehnmal höhere Grenze. (ORF 2013)

**…und Deutschland**
In Deutschland fordert die Sozialdemokratische Partei die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Wie bei ihrer österreichischen Schwesterpartei waren jedoch in offiziellen Dokumenten zum Zeitpunkt der Recherche kaum Details oder gar ein ausgearbeitetes Konzept zu finden. Das 120 Seiten umfassende SPD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 enthält zwar etliche Passagen zum Thema Verteilungsgerechtigkeit, nennt aber keinen Steuersatz und betont lediglich, dass ein „hohe Freibeträge“ vorgesehen seien. (SPD 2013: 67f) Stand Juni 2013 hat die SPD noch keinen Beschluss zu den Eckpunkten eines Steuermodells gefasst. (Binding 2013) Medienberichten zufolge nennt ein interner Entwurf der zuständigen Arbeitsgruppe einen Steuersatz von 1 Prozent ab einem Freibetrag von 2 Millionen Euro. Das Aufkommen wird mit 7 bis 13 Milliarden Euro pro Jahr angegeben. (RP Online 2013)
Die deutschen Grünen fordern in ihrem Wahlprogramm 2013 keine Vermögenssteuer, sondern eine sogenannte einmalige Vermögensabgabe, die für den Abbau der Staatsschulden zweckgebunden sein soll. Die auf zehn Jahre befristete Abgabe ähnelt jedoch von Gestaltung und Höhe einer zeitlich befristeten Vermögenssteuer. Sie soll Vermögen über 1 Million Euro mit 1,5 Prozent belasten und 10 Milliarden Euro pro Jahr einbringen. (Bündnis 90/Die Grünen 2013)
Am weitesten gehen die Forderungen der Partei Die Linke, die im Wahlprogramm 2013 Vermögen ab einem Freibetrag von 1 Million Euro mit 5 Prozent besteuern und so 80 Milliarden Euro pro Jahr einnehmen will. (Die Linke 2013)

Die Bündnisse „Vermögensteuer jetzt!“ und „umFAIRteilen“, die von Gewerkschaften und NGOs getragen werden, vertreten Vermögenssteuermodelle, die beinahe identisch sind: Beide wollen rund 20 Milliarden Euro pro Jahr einnehmen, indem Vermögen ab 500.000 bzw. 1 Million Euro mit 1 bzw. 1,5 Prozent besteuert werden. (Vermögensteuer jetzt 2011; umFAIRteilen 2012)

**Argumente pro und kontra Vermögenssteuern**
In der öffentlichen Debatte werden folgende Argumente für und wider Vermögenssteuern verwendet:

PRO
- ✓ Die Vermögenssteuer sorgt angesichts der ungleichen Vermögensverteilung für soziale Gerechtigkeit.
- ✓ Die Vermögenssteuer sorgt dafür, dass die Verursacher_innen der Krise für ihre Kosten aufkommen müssen. Die Einnahmen ermöglichen die Sanierung des Staatshaushalts und wichtige Investitionen.
- ✓ Eine zentrale Krisenursache, die ökonomische Ungleichheit, wird wirkungsvoll bekämpft.

KONTRA
- × Die Vermögenssteuer rentiert sich nur, wenn sie breite Bevölkerungsteile trifft anstatt nur die Allerreichsten.
- × Wer sie fordert, ist nicht an mehr sozialer Gerechtigkeit interessiert, sondern vom Neid auf die Vermögenden angetrieben.
- × Sie stellt eine Doppelbesteuerung dar, da die Einkommen, aus denen Vermögen entsteht, ohnehin steuerpflichtig sind.
- × Sie ist nicht umsetzbar, da die Bewertung von Sach- und Immobilienvermögen unmöglich bzw. nicht bewältigbar ist.
- × Sollte die Vermögenssteuer eingeführt werden, würden die Reichen ihre Vermögen ins Ausland verschieben.

## II.b.) Vermögenssteuer: Analyse und Bewertung

Eine Vermögenssteuer ist unserer Ansicht nach eine zwar richtige, aber mit den genannten Eckdaten keinesfalls ausreichende Forderung. Sie bringt angesichts der großen Privatvermögen zwar sichere Einnahmen, erreicht jedoch nicht die genannten Ziele und löst keinesfalls die mit einer ungleichen Vermögensverteilung verbundenen Grundprobleme.

**Warum eine Vermögenssteuer zu wenig ist:**

1) <u>Zu geringer Steuersatz stoppt nicht einmal das weitere Anschwellen der Ungleichheit</u>
Die in I.a.) genannten Vermögenssteuermodelle, für die progressive Akteur_innen in Österreich und Deutschland eintreten, sehen bei Freibeträgen zwischen 500.000 und 2 Millionen Euro Steuersätze zwischen 0,45 und 1,5 Prozent vor – mit Ausnahme der deutschen Linkspartei, die 5 Prozent fordert. Um zu bewerten, ob diese Konzepte tatsächlich die Ungleichheit reduzieren und für soziale Gerechtigkeit sorgen würden, vergleichen wir sie mit der Vermögensentwicklung in beiden Ländern: In Österreich wachsen die Vermögen der Millionär_innen laut Valluga Vermögensreport pro Jahr um mehr als 10 Prozent, in Deutschland um mehr als 8 Prozent (Valluga 2011). Die vorgeschlagenen Vermögenssteuern würden also die Ungleichheit nicht reduzieren – sie würden nicht einmal ihr weiteres Anschwellen verhindern.

2) <u>Krisenkosten sind weit höher als Einnahmen</u>
Zumindest zwei Gerechtigkeits-Argumente sprechen dafür, die großen Vermögen für die Kosten der Krise bezahlen zu lassen: Einerseits ist die starke Vermögensungleichheit eine zentrale Krisenursache, da sie zum Entstehen der Finanzblase beitrug, die 2008 die Krise auslöste. Andererseits wachsen die großen Vermögen als Folge der bisherigen Krisenpolitik auch weiterhin stark (vgl. 1), während die Arbeitseinkommen und der Lebensstandard der breiten Bevölkerung

stagnieren oder fallen. Um festzustellen, ob die von progressiven Akteur_innen vertretenen Vermögenssteuer-Modelle dieses Ziel erreichen können, vergleichen wir sie mit dem Wachstum der Staatsschulden seit Krisenbeginn: In Österreich sind diese zwischen 2007 und 2012 um 62 Milliarden Euro gestiegen (Eurostat 2013). Die von SPÖ, ÖGB und Wege aus der Krise vertretenen Vermögenssteuer-Konzepte bringen zwischen 1,5 und 3,5 Milliarden Euro pro Jahr ein. Mit dem SPÖ-Modell dauert es demnach 30 bis 40 Jahre, lediglich die Staatsschulden der ersten fünf Krisenjahre abzutragen – ohne auch nur einen Euro für Investitionen zur Verfügung zu stellen.

3) Keine nachhaltige Krisenvermeidung

Wie unter 1) und 2) skizziert, haben die vorgestellten Vermögenssteuer-Modelle so gut wie keine umverteilende Wirkung. Sie sind damit ungeeignet, eine zentrale Krisenursache zu bekämpfen: die starke ökonomische Ungleichheit. Ihr jahrzehntelanger Anstieg würde – bestenfalls leicht gebremst – fortschreiten. Die nächste Finanzblase, ihr Platzen und die folgende Finanz- und Wirtschaftskrise wären nur eine Frage der Zeit. Besonders fatal ist, dass die besprochenen Konzepte nicht über nationalstaatliche Grenzen hinaus denken: Kaum eine der genannten Parteien oder Organisationen fordert europaweite Mindestsätze für Vermögenssteuern. Diese sind jedoch unerlässlich, um zu verhindern, dass Reiche sich aus der Verantwortung stehlen und ihre Vermögen ins Ausland verschieben. Die europaweit koordinierte Besteuerung von Vermögen ist ein unabdingbarer Schritt, um eine Trendwende in der Ungleichverteilung von Wohlstand und Macht einzuleiten und sollte fixer Bestandteil jedes progressiven Forderungskatalogs sein.

**Warum wir radikale Lösungen brauchen**

Im bisher vorgeschlagenen Ausmaß ist die Vermögenssteuer lediglich ein Placebo. Keinesfalls stellt sie ein ausreichendes Mittel dar, „um gegen die Krise anzukämpfen und für soziale Gerechtigkeit zu sorgen“, wie SPÖ-Vorsitzender und Bundeskanzler Werner Faymann behauptet. (BKA 2013) Wer tatsächlich die Ungleichheit reduzieren, für soziale Gerechtigkeit sorgen, die Vermögenden substanziell an den Krisenkosten beteiligen und zukünftige Krisen verhindern will, muss für eine weit stärkere Umverteilung der Vermögen eintreten.

Die Mindestforderung progressiver Kräfte sollte daher eine Vermögenssteuer sein, deren Steuersatz über der jährlichen Wachstumsrate der großen Vermögen liegt – und die damit eine tatsächlich umverteilende Wirkung hat. Die historische Ausnahmesituation der Krise verlangt aber darüber hinaus nach einer weiteren radikalen Maßnahme: einer einmaligen Vermögensabgabe.

## II.c.) Die radikale Lösung: Vermögensabgabe

Der Forderung nach einer regulären Vermögenssteuer (über der Vermögenszuwachsrate) stellen wir den Vorschlag einer hohen, einmaligen Vermögensabgabe zur Seite.

Die Debatte um eine einmalige Vermögensabgabe wurde im deutschsprachigen Raum von Stefan Bach (2012) und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung angestoßen. Bach diskutiert die Möglichkeit einer Vermögensabgabe im Kontext der Krise und insbesondere zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Im Gegensatz zu Österreich fordern in Deutschland bereits bedeutende politische Akteur_innen eine einmalige Vermögensabgabe – wenn auch meist nur in geringem Ausmaß. So treten beispielsweise die deutschen Grünen für eine auf zehn Jahre gestaffelte Vermögensabgabe von 1,5 Prozent ab einem Freibetrag von 1 Million ein. (Bündnis 90/Die Grünen 2013) Der DGB schlägt in seinem „Marshallplan für Europa“ eine dreiprozentige Abgabe ab einem Vermögen von 500.000 Euro vor. (DGB 2012) Für eine höhere und europäisch koordinierte Vermögensabgabe tritt nur Die Linke ein: Ab einem Freibetrag von 1 Million soll die Abgabe progressiv zwischen 10 und 30 Prozent abschöpfen. (Die Linke 2013)

Wir schlagen hier eine Variante der einmaligen Vermögensabgabe vor, die sich am Konzept des europäischen Attac-Netzwerks (2013) sowie von Attac Deutschland (2012) orientiert. Die einmalige Vermögensabgabe soll die reichsten 2 Prozent der Bevölkerung treffen und progressiv gestaffelt 20 bis 80 Prozent betragen. Sie soll europaweit koordiniert in möglichst vielen Ländern

eingeführt werden. Eine solche Vermögensabgabe ist keine isolierte Forderung, sondern muss Teil eines umfassenden Steuerpakets sein, das neben Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer auch die Integration von Kapitaleinkommen in die Einkommenssteuer vorsieht.

**Radikale Umverteilung statt kleine Korrekturen**

Eine einmalige Vermögensabgabe kann dazu beitragen, zentrale gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme zu lösen. Sie…

- bedeutet eine radikale Umverteilung und senkt so die drastische, jahrzehntelang gestiegene Ungleichheit.
- stabilisiert das Finanzsystem, indem sie dem aufgeblähten und krisenanfälligen Finanzsektor umfassende Mittel entzieht.
- überträgt die Kosten zur Bewältigung der Krise jener kleinen Minderheit, die von der Finanzblase profitiert und die Krise mitverursacht hat.
- ermöglicht den Staaten Europas dringend notwendige Zukunftsinvestitionen, etwa in Bildung oder die sozial-ökologische Transformation.

Die Vermögensabgabe kann zur Lösung dieser Probleme beitragen, beziehungsweise dringend notwendige Maßnahmen einleiten. Als Umverteilungsinstrument ist sie aber nur ein erster Schritt, um die drastische Ungleichheit zu reduzieren. Im zweiten Schritt muss eine dauerhafte Besteuerung von Vermögen (über den Zuwachsraten) und Erbschaften den bisherigen Trend umkehren und langfristig für eine gleichere Gesellschaft sorgen.

**Historisches Vorbild: der deutsche Lastenausgleich**

Bereits in der Vergangenheit haben Staaten zur Bewältigung von finanziellen Ausnahmesituationen auf einmalige oder zeitlich begrenzte Vermögensabgaben zurückgegriffen. (Bach 2012: 5ff; Seidl 2012) Das bekannteste Beispiel ist der deutsche Lastenausgleich nach dem Zweiten Weltkrieg. Die deutsche Bundesregierung beschloss 1949 eine rückwirkende Abgabe auf den Vermögensbestand des Jahres 1948. Die Vermögensabgabe wurde auf Grund-, Betriebs- und Finanzvermögen von Personen und Betrieben erhoben – mit unterschiedlichen Freibeträgen und Berechnungsmodi. Der generelle Satz betrug mit zahlreichen Sonderregelungen und Ausnahmen 50 Prozent. Die Abgabe wurde mit vierteljährlichen Beträgen auf 30 Jahre gestundet. Das Beispiel des Lastenausgleichs zeigt: Eine Vermögensabgabe kann erfolgreich umgesetzt werden. Bach bewertet ihren Erfolg höchst positiv:

> *Insgesamt erbrachte die Vermögensabgabe ein Aufkommen von [...] 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts von 1952. Entsprechend hatten die Lastenausgleichsabgaben in den 50er Jahren auch gesamtwirtschaftlich ein spürbares Gewicht. [...] Zugleich gelang es, nennenswerte Mittel für den Wiederaufbau und die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge zu mobilisieren. Insoweit war der Lastenausgleich ein finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischer Erfolg. (ebd.: 6f)*

**Vorschlag für eine einmalige Vermögensabgabe**

<u>Europaweit koordinierte Vermögensabgabe</u>
Die aktuelle Krise ist nicht auf Nationalstaaten beschränkt, sondern ein europäisches Problem. Progressive Ansätze zu ihrer Lösung und zur Beseitigung der Ungleichheit müssen daher ebenfalls ganz Europa in den Blick nehmen. Die praktischen Probleme von Alleingängen einzelner (kleiner) Staaten, wie der fehlende Informationsaustausch und die Möglichkeit zum Kapitalabzug, sind weitere Gründe, die einen europäischen Ansatz notwendig machen. Wir treten somit für eine europaweit koordinierte Vermögensabgabe ein. Im Folgenden stellen wir erste Überlegungen zur konkreten Ausgestaltung einer solchen Abgabe in Österreich vor.

Zielgruppe und Freibetrag
Wir schlagen eine einmalige Vermögensabgabe mit einem Freibetrag von 1 Million Euro Nettovermögen pro Person vor. Versteuert wird nur das Vermögen über dem Freibetrag, der sich durch Aufschläge von 250.000 Euro pro Kind erhöht. Besteuert werden sollen Individuen (nicht Haushalte), da dies nicht-traditionellen Lebensformen besser gerecht wird und außerdem Anreiz bietet, Vermögen im Haushalt gleicher zu verteilen.

Abgabensatz
Da innerhalb der Gruppe der Millionär_innen das Vermögen erneut stark auf das oberste 0,1 bis 1 Prozent konzentriert ist und Riesenvermögen besonders schnell wachsen, halten wir einen stark progressiven Abgabensatz für sinnvoll. Wir schlagen einen Eingangssatz von 20 Prozent (ab dem Freibetrag von 1 Million Euro) mit einer Staffelung bis 80 Prozent ab einem Vermögen von 100 Millionen Euro vor.

Abgabengegenstand und Vermögensarten
Gegenstand der Besteuerung soll das gesamte Nettovermögen sein, d.h. alle Vermögensarten werden abzüglich eventueller Schulden in die Berechnung einbezogen. Wie bei einer allgemeinen Vermögenssteuer ist die Bewertung der verschiedenen Vermögensarten von großer Bedeutung. Folgende technische Details erscheinen uns sinnvoll:

- Geld- und Finanzvermögen: Bewertung nach dem Marktwert zum Stichtag
- Grund- und Immobilienvermögen: Annäherung an den Verkehrswert, z.B. über erneuertes Bewertungssystem, Orientierung an Immobilienindizes, vereinfachtes Ertragswertverfahren
- Unternehmensbeteiligungen und Betriebsvermögen: spezielle Freibeträge pro Unternehmen, eventuell zusätzliche Begrenzung der Abgabe mit Bezug auf den Gewinn
- Gebrauchsvermögen: werden erst ab Überschreiten einer eigenen Freigrenze (z.B. 100.000 Euro) dem Gesamtvermögen zugerechnet um den bürokratischen Aufwand zu minimieren und die Privatsphäre zu schützen; Bewertung über Versicherungs- oder geschätzten Marktwert

Abwicklung und Laufzeit
Um Ausweichreaktionen zu vermeiden, wird ähnlich wie beim Lastenausgleich für die Berechnung der Vermögensabgabe ein Stichtag in der Vergangenheit festgesetzt. Zur Abwicklung wird die Abgabe fünf bis zehn Jahre gestundet. Die Zahlung erfolgt in Raten.

Schritte zur Umsetzung
Die erfolgreiche Einführung einer Vermögensabgabe erfordert ebenso wie die einer Vermögenssteuer eine Reihe vorhergehender Maßnahmen. Dazu gehören unter anderem:

- Abschaffung des Bankgeheimnisses und Schaffung eines Auskunftsrechts der Finanzverwaltung gegenüber Banken
- Teilnahme am automatischen Informationsaustausch der Finanzbehörden in der EU, der die Besteuerung von im Ausland lebenden Staatsbürger_innen oder veranlagtem Vermögen ermöglicht
- Erarbeitung angemessener Bewertungsmaßstäbe für Grund- und Immobilienvermögen

Geschätztes Aufkommen
Eine Vermögensabgabe nach einem solchen Vorschlag trifft nur eine sehr kleine Minderheit, bringt aber dennoch hohe Einnahmen. Wir verfügen noch über keine eigenen Berechnungen zum möglichen Aufkommen. Einige Anhaltspunkte vermitteln aber ein erstes – beeindruckendes – Bild.

Attac Deutschland schätzt mit einem ähnlichen Modell das Aufkommen für die Bundesrepublik auf etwa eine Billion Euro. Grob auf die österreichische Situation übertragen würde dies Einnahmen rund um 100 Milliarden Euro bedeuten. Die Tatsache, dass in Österreich das reichste Prozent der Haushalte alleine etwa 470 Milliarden Euro besitzt, legt nahe, dass es sich dabei um eine durchaus zurückhaltende Schätzung handelt. (Eckertstorfer et al. 2013: 28) Um diese Summe zu kontextualisieren: Die österreichischen Staatsausgaben betrugen im Jahr 2012 158,7 Milliarden Euro. (Statistik Austria 2013)

Verwendung

Die Einnahmen aus der Vermögensabgabe sollten nicht hauptsächlich verwendet werden, um die Staatsschulden zu reduzieren. Das Abgabe-Aufkommen soll weitgehend in den öffentlichen Sektor fließen, wo es dringend notwendige Investitionen ermöglicht, etwa die sozial-ökologische Transformation. Die Mittel könnten auch dafür genutzt werden, die riesigen Herausforderungen im Bildungssystem anzugehen – und für Kinder und Jugendliche all das bereitzustellen, wofür sonst immer das Geld fehlt.

Für die Einnahmen aus der Vermögensabgabe sind zahlreiche Verwendungszwecke denkbar und sinnvoll. Damit die Forderung an politischer Zugkraft gewinnen kann, sollten ihre Vertreter_innen in einer öffentlich geführten Debatte eine möglichst klare Vision davon entwickeln, welche gesellschaftlichen Ziele sie mit ihr erreichen wollen.

## III.a.) Eurobonds: Ein progressiver Vorschlag?

Seit dem ersten Griechenlandpaket wird in der Eurozone intensiv über die Vergemeinschaftung von Staatsschulden diskutiert. Unter den Begriffen Eurobonds oder Gemeinschaftsanleihen werden verschiedene Ansätze zusammengefasst, die gemeinsame Staatsanleihen aller Eurozonen-Länder vorsehen.

Bereits in den frühen 2000er-Jahren entstand rund um die Einführung des Euro die Idee, von allen Mitgliedsstaaten gemeinsam garantierte Anleihen zu begeben. Diese sollten allerdings das EU-Budget finanzieren. Als Modus der regulären Staatsfinanzierung werden Eurobonds seit Beginn der sogenannten Staatsschuldenkrise 2010 diskutiert. Kurz nach dem ersten Griechenlandpaket präsentierten Delpla/Weizsäcker (2010) vom Brüsseler Think Tank Bruegel den ersten konkreten Vorschlag für Eurobonds, das „Blue Bond Proposal". Wenige Monate später, im Dezember 2010, forderten mit Jean-Claude Juncker, dem damaligen Vorsitzenden der Eurogruppe, und dem italienischen Finanzminister Giulio Tremonti erstmals europäische Spitzenpolitiker die Einführung von Eurobonds. (Reuters 2010) Während Deutschland (sowie abgeschwächt auch Österreich, die Niederlande und Frankreich) den Vorschlag vehement ablehnte, erhielt Juncker breite Unterstützung aus dem europäischen Parlament. (Handelsblatt 2010) Unter anderem sprachen sich bereits damals SPE-Chef Poul Nyrup Rasmussen sowie die SPD-Spitzenpolitiker Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück für Eurobonds aus. (Der Spiegel 2010) Der Vorschlag wurde seither von verschiedenen Akteur_innen aufgegriffen, darunter die Europäische Kommission. Ende 2011 stellte sie ein Green Paper mit drei Varianten von Eurobonds („Stability Bonds") vor und konkretisierte das Konzept 2012 im Rahmen des „Blueprints" für die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion. (Europäische Kommission 2011, 2012) Im Jänner 2013 verabschiedete auch das Europäische Parlament eine Empfehlung für die Einführung von kurz- und langfristigen Eurobonds. Die deutsche Regierung bleibt weiterhin die größte Gegnerin des Vorschlags, und wenn wir den Worten von Bundeskanzlerin Angela Merkel glauben schenken können, gibt es *„keine Eurobonds, solange ich lebe."* (Die Zeit 2012)

### Argumente pro und kontra Eurobonds

Die öffentliche Debatte zu Eurobonds bewegt sich entlang folgender zentraler, praktischer und ideologischer Argumente:

PRO:

- ✓ Die gemeinsame Haftung lässt die Refinanzierungskosten der von der Krise betroffenen Länder sinken. Ihr unmittelbares Schuldenproblem wird somit entschärft, sie gewinnen mehr Zeit für nötige Reformen.
- ✓ Die 17 nationalen Anleihemärkte werden durch einen großen Eurobond-Markt ersetzt. Damit steigt auch die Liquidität, wodurch das Zinsniveau generell sinkt und der Euro international gestärkt wird.
- ✓ Mit Eurobonds ist es nicht mehr möglich, gegen einzelne Staaten zu spekulieren und sie in Bedrängnis zu bringen.
- ✓ Eurobonds bedeuten ein gemeinsames europäisches Vorgehen, demonstrieren Stärke und sind ein Zeichen der Solidarität.

KONTRA:

- × Durch den einheitlichen Zinssatz steigen die Refinanzierungskosten des europäischen Zentrums, was Länder wie Deutschland, Österreich und die Niederlande ablehnen.
- × Bei Eurobonds besteht „moral hazard" – die Gefahr, dass sich einzelne Mitgliedsstaaten auf Kosten bzw. Haftung der anderen stark verschulden.
- × Durch die gemeinsamen Anleihen sind die Staaten weniger dem Druck der Märkte ausgesetzt .Das disziplinierende Instrument des Zinses verliert seine Wirkung.

**Zentrale Unterschiede der diskutierten Modelle**

Die Ansätze der Befürworter_innen von Eurobonds unterscheiden sich in drei zentralen Fragen: dem zeitlichen Rahmen, der Mengenbegrenzung sowie den Konditionalitäten. So sehen, erstens, manche Vertreter_innen Eurobonds als langfristige Verbesserung der Finanzierungssituation der Eurozone, während andere sie nur kurzfristig zur Bewältigung der Eurokrise befürworten. In diese Richtung gehen unter anderem der Vorschlag des auf zwei Jahre angelegten „Euro T-Bill Funds" von ELEC (2011) und der vom deutschen Sachverständigenrat eingebrachte Schuldentilgungspakt (2012). Zweitens gibt es unterschiedliche Ansichten zum Anteil der Staatsschulden, der durch Eurobonds abgedeckt werden soll. Delpla/Weizsäcker (2010) schlagen vor, die gemeinsam garantierten Anleihen pro Land mit 60% des nationalen BIP zu begrenzen, während Juncker/Tremonti eine niedrigere Grenze von 40% des BIP nennen. (Reuters 2010) Drittens, und im Hinblick auf die bisherige Krisenpolitik besonders bedeutsam, werden unterschiedliche Bedingungen gefordert, die die Mitgliedsstaaten für die Zuteilung der Eurobonds erfüllen müssen. So fordert die EU-Kommission, dass selbst kurzfristige gemeinsame Anleihen mit sogenannten Strukturreformen und noch stärkerer Kontrolle über die nationalen Haushalte einhergehen sollen. (Europäische Kommission 2012)

**Progressive übernehmen konservativen Vorschlag**

Nachdem anfangs vor allem europäische Institutionen und Konservative/Liberale die Idee der Eurobonds vertraten, wurde sie mittlerweile von vielen progressiven Kräften übernommen. Auf EU-Ebene treten die Parteien und Parlamentsfraktionen der Sozialdemokrat_innen sowie der Grünen für Eurobonds ein, die Forderung ist außerdem Teil des Sozialpakts des Europäischen Gewerkschaftsbunds. In Österreich treten die Grünen für die Einführung von Eurobonds ein. Sie argumentieren mit der Bedeutung eines gemeinsamen europäischen Auftretens und sehen Eurobonds laut Finanzsprecher Werner Kogler als „Lösung aus dem europäischen Krisendilemma." (Die Grünen 2013a) Die SPÖ hat bisher keine klare offizielle Position zu Eurobonds. Nachdem Werner Faymann lange kritisch gegenüber Eurobonds eingestellt war, sprach er sich im Winter 2012/13 erstmals vorsichtig für ihre Einführung aus. (Swoboda 2013) In Deutschland werden Eurobonds ebenfalls von SPD und Grünen unterstützt. Im Unterschied zu den bereits vorgestellten Positionen betonen europäische Sozialdemokrat_innen und Grüne den Aspekt der Solidarität, den Schritt zu einer verstärkten europäischen Integration und den Beitrag von Eurobonds zur Lösung der Eurokrise: „In [establishing Eurobonds], we will replace unsustainable, unprotected national debt by stable, safe and sound collective borrowing", so die Vorsitzenden von PES und SPE, Poul Nyrup Rasmussen und Martin Schulz. (PES 2010)

## III.b.) Eurobonds: Analyse und Bewertung

Eurobonds sind aus unserer Sicht keine Antwort auf die grundlegenden Probleme des aktuellen Modus der europäischen Staatsfinanzierung. Sie sorgen höchstens für kurzfristige Verbesserungen in Detailfragen. Umgekehrt brächte ihre Umsetzung unter den heutigen politischen Verhältnissen große Risiken für progressive Anliegen mit sich.

**Warum Eurobonds wenig Verbesserungen und große Risiken mit sich bringen**

1) Weitere Verschärfung der autoritären Krisenpolitik

Ja, dank der zu erwartenden niedrigeren Zinsen bedeuten Eurobonds eine kurzfristige Erleichterung für die von der Krise betroffenen Staaten. Der Preis dafür ist jedoch ein weiterer, massiver Verlust an Souveränität. Die meisten Eurobonds-Konzepte und die Vorschläge der EU-Kommission fordern im Gegenzug mehr Kontrolle über die nationale Budgetgestaltung – und damit eine weitere Verschärfung der bisherigen EU-Krisenpolitik. Eurobonds wird es nur gegen

eine weitere Entmachtung der demokratisch legitimierten Parlamente geben, um autoritär Ausgabenbeschränkungen und Maßnahmen zur Erhöhung der sogenannten „Wettbewerbsfähigkeit" durchsetzen zu können. Die Staaten profitieren dann von niedrigeren Zinsen – und verpflichten sich im Gegenzug zu noch mehr Sozialabbau, Privatisierungen und Deregulierung.

2) Spekulationsrisiko auf EU-Ebene verlagert

Ja, Eurobonds bieten Schutz vor kurzfristigen spekulativen Attacken auf einzelne Länder. Sie verlagern deren Gefahr aber auf die europäische Ebene. Sowohl einfache Zinssteigerungen als auch spekulative Angriffe sind mit Eurobonds nach wie vor möglich, wenn aus Sicht der Finanzmärkte deren Ausfallsrisiko steigt. Solche Szenarien sind bereits absehbar: Einerseits stellen die oft langwierigen Verhandlungen auf EU-Ebene, etwa über das EU-Budget oder neue Verträge, aus Perspektive der Investor_innen Perioden der Unsicherheit dar, auf die mit Zinssteigerungen reagiert wird. Andererseits schwächen der Standortwettbewerb und Steuerwettlauf nach unten strukturell die Einnahmenbasis aller Mitgliedsstaaten, was einzelne regelmäßig in Finanznöte bringt und so ebenfalls zu einer schlechteren Bewertung von Eurobonds führen kann.

3) „Mehr Europa" ist nicht automatisch gut

Ja, Eurobonds bedeuten „mehr Europa" und ein einheitliches Vorgehen demonstriert Stärke. Es ist jedoch ein zentraler Irrtum progressiver Europapolitik, dass ein Mehr an europäischer Integration automatisch gut wäre. Gerade in den letzten Jahren bedeutete „mehr Europa" vor allem mehr autoritäre Politik, mehr marktradikale Reformen, mehr Sozialabbau und mehr Politik im Interesse der wirtschaftlichen Eliten. Der Wunsch, den Märkten gegenüber Stärke zu zeigen, folgt außerdem der neoliberalen Logik, dass Staaten dem Urteil der Finanzmärkte unterstehen – und nicht umgekehrt.

Eurobonds waren und sind vor allem ein von konservativer Seite vertretenes Konzept. Wie die Chronologie in Kapitel II.a. zeigt, wurden sie erstmals von konservativen Ökonomen vorgeschlagen und anschließend von wirtschaftsliberalen Politiker_innen sowie der EU-Kommission aufgegriffen. Erst in weiterer Folge übernahmen Sozialdemokrat_innen und Grüne die Forderung nach Eurobonds – und stellen sich damit in die Logik der bisherigen Krisenpolitik, die ihren Grundwerten widerspricht. Auch in Details entschärfte alternative Modelle, die beispielsweise keinen weiteren Souveränitätsverlust der nationalen Parlamente verlangen, können den Vorschlag der Eurobonds nicht aus dieser Logik befreien und zu einer progressiven Forderung machen: In Anbetracht der konservativen Hegemonie in Europa ist es unrealistisch, dass Progressive sich bei der Ausgestaltung zentraler Details durchsetzen. Sollten Eurobonds umgesetzt werden, wird das im Sinn von EU-Kommission, Juncker und Co. geschehen. Es ist für Progressive die falsche Strategie, konservative Vorschläge aufzugreifen und in sozial ein wenig gerechterer Form selbst zu vertreten.

**Warum wir radikale Lösungen brauchen**

Die Einführung von Eurobonds behandelt kleine Teilprobleme der aktuellen Krise und ändert nichts an ihren Hauptursachen. Neben den vieldiskutierten „Drei Us" (siehe I.), für die es jeweils eigene Lösungsansätze braucht, gibt es einen Grundwiderspruch, der bislang nicht diskutiert wird: Staaten finanzieren öffentliche, gemeinwohlorientierte Aufgaben über private, gewinnorientierte Finanzmärkte. Dieser Modus der Staatsfinanzierung weist aus progressiver Sicht zumindest drei fundamentale Probleme auf:

1) Markt dominiert Staat

Die Finanzierung öffentlicher Aufgaben über die Finanzmärkte ordnet das Gemeinwohl privaten Kapitalinteressen unter. Investor_innen und Finanzinstitutionen haben somit die Möglichkeit,

Druck auf demokratisch legitimierte Regierungen auszuüben und die Politik im Interesse einer kleinen Minderheit zu beeinflussen. „Es ist gut zu wissen", so ein zynisches Zitat von Hans Tietmeyer, ehemaliger CDU-Finanzstaatssekretär und Präsident der deutschen Bundesbank, „dass heute die internationalen Finanzmärkte über Nacht falsche Entscheidungen von Regierungen korrigieren." (Deppe 2009)

2) Umverteilung nach oben

Die Finanzmärkte repräsentieren in erster Linie den reichsten Teil der Bevölkerung. Ärmere und mittlere Einkommensschichten, die ihr gesamtes Einkommen für Alltagsausgaben benötigen, haben nicht die Mittel, um in Finanzprodukte zu investieren. Sie tragen jedoch zum Steueraufkommen bei, aus dem der Staat die Zinszahlungen an seine Geldgeber leistet. Die Staatsfinanzierung über Finanzmärkte bedeutet also eine strukturelle Umverteilung von der Allgemeinheit zum reichsten Teil der Bevölkerung.

3) Krisen sind der Normalfall

Drittens sind historisch betrachtet stabile Phasen auf den Finanzmärkten die Ausnahme, Krisen hingegen die Regel. (Reinhart/Rogoff 2009) Solange sich Staaten über Finanzmärkte finanzieren, wird deren krisenhafter Charakter sie regelmäßig in Turbulenzen stürzen.

Eurobonds sind eine marktkonforme Lösung, die am Grundproblem der Staatsfinanzierung nichts ändern. Sie erlauben es Banken und Investor_innen weiterhin, mit der Finanzierung öffentlicher Aufgaben Gewinn zu machen.

## III.c.) Die radikale Lösung: Staatsfinanzierung über EZB-Kredite

Das in III.b.) beschriebene Grundproblem der Staatsfinanzierung über Finanzmärkte macht es aus unserer Sicht erforderlich, diese völlig neu zu denken. Öffentliche, gemeinwohlorientierte Aufgaben dürfen nicht länger von privaten, gewinnorientierten Finanzmärkten abhängen.

**Diskussion statt Tabuisierung**

Wir treten daher für eine Entkoppelung der Staatsfinanzierung von den Finanzmärkten ein. Diese soll schrittweise erfolgen und nicht nur eine kurzfristige Krisenlösung, sondern auch eine langfristige Systemänderung darstellen. Diese Position stellt im bisherigen Krisendiskurs ein Tabu dar. Vereinzelte Vorschläge zu alternativer Staatsfinanzierung, die sich explizit als „systemische Lösungen" verstehen, etwa jene von Schulmeister (2011) oder Bayer (2013), verhallen bislang ungehört. Wir halten die Auseinandersetzung mit ihren Ansätzen aus progressiver Sicht jedoch für unabdingbar und steuern im Folgenden detaillierte Überlegungen bei, die über die bisherigen Vorschläge hinausgehen.

Zentrale Akteurin unseres Vorschlags ist die Europäische Zentralbank (EZB), die unter klaren Bedingungen direkt Kredite an die Eurostaaten vergibt. Ziel ist die Gestaltung der Staatsfinanzen im Sinn der breiten Bevölkerung, während sich Private nicht länger an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben bereichern können. Die willkürlichen Reaktionen der Märkte werden durch politische, demokratisch legitimierte Kontrollen ersetzt. Diese Konditionalitäten einer EZB-Finanzierung wollen wir im Folgenden vorrangig diskutieren.

**Abwicklung über demokratisch legitimierte Institution**

Die Frage der konkreten institutionellen Ausgestaltung erscheint uns vorerst sekundär. Sowohl ein reformierter, mit Banklizenz ausgestatteter Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM), als auch eine neu zu gründende Europäische Finanzierungsagentur oder die EZB selbst könnten die Abwicklung der neuen Staatsfinanzierung übernehmen. In jedem Fall muss die abwickelnde Institution im Gegensatz zur heutigen EZB grundlegend demokratisiert werden. Das Europäische

Parlament kann beispielsweise die Spitzenfunktionär_innen in der abwickelnden Institution bestellen und für die regelmäßige Kontrolle ihrer Arbeit verantwortlich sein. Indem demokratische Legitimation und Kontrolle auf EU-Ebene erfolgen, wird die gesamteuropäische Demokratie gestärkt, statt von Eigeninteressen nationaler Regierungen dominiert zu werden.

**Mögliche Bedingungen einer EZB-Finanzierung**

Die Rahmenbedingungen einer EZB-Finanzierung sind der zentrale zu diskutierende Punkt unseres Vorschlags. Sie entscheiden darüber, ob die gewünschte Wirkung – die Unabhängigkeit öffentlicher Aufgaben von privaten Finanzmärkten – ohne negative politische oder ökonomische Begleiterscheinungen erreicht werden kann. Die konkreten Bedingungen sollen über einen europaweiten demokratischen Prozess ausgestaltet und beschlossen werden.

Wir machen im Folgenden verschiedene Vorschläge, um die Stabilität der öffentlichen Finanzen zu sichern und mögliche negative Folgewirkungen zu vermeiden. Wir verstehen sie nicht als fixen Kriterienkatalog, sondern als erste Anstöße einer Diskussion, die erst am Anfang steht. Dabei sollen einerseits aus historischen Erfahrungen mit Zentralbank-Staatsfinanzierung bekannte Fehlentwicklungen (z.B. Inflation) verhindert werden. Andererseits gilt es auch Missbrauchsmöglichkeiten, die sich aus der Art und Weise der heutigen europäischen Integration ergeben (z.B. Steuerdumping), zu unterbinden. Grundsätzlich sollen die Bedingungen einer EZB-Finanzierung keinesfalls ohne Rücksicht auf die konjunkturellen Rahmenbedingungen angewendet werden. Die Fehler der aktuellen EU-Krisenpolitik, die Staaten, die unter spekulativen Attacken und/oder einer Rezession leiden, auch noch per Automatismus finanziell bestraft, dürfen nicht wiederholt werden.

1) Keine endlosen Mittel

Die EZB-Kredite stehen den Regierungen nicht unbegrenzt zur Verfügung. Zwei Möglichkeiten, die Kreditaufnahme sinnvoll zu begrenzen, sind die Gestaltung der Zinssätze und die Verwendung neuer Indikatoren. Im Allgemeinen soll die Höhe der Zinsen für den Großteil der Eurostaaten niedriger sein als heute. Bayer (2013) schlägt vor, von Land zu Land unterschiedlich gestaffelte Zinssätze einzuheben, die sich an einer Schuldennachhaltigkeits-Analyse orientieren. Berger (2011) nennt als Möglichkeit, ab einer Neuverschuldung von mehr als drei Prozent des BIP den Zinssatz der EZB-Kredite zu erhöhen. Ein solcher Mechanismus könnte ein zu starkes Wachstum der Staatsverschuldung wirksam verhindern. Da die Messung der Staatsschulden am BIP verschiedene Probleme mit sich bringt, ist es außerdem sinnvoll, andere Indikatoren für ihre Tragfähigkeit zu entwickeln. Ein Beispiel dafür wäre, eine Obergrenze für den Anteil der Zinszahlungen an den Gesamtausgaben eines Staats festzulegen.

2) Kein Ersatz für Steuereinnahmen

Ebenfalls zu verhindern gilt es einen Missbrauch der EZB-Kredite aus innenpolitischen Gründen. Regierungen könnten etwa versuchen, mit Steuersenkungen ihre Wiederwahl zu sichern und die fehlenden Einnahmen durch EZB-Gelder zu ersetzen. Eine Voraussetzung für den Zugang soll daher eine Mindest-Abgabenquote sein, die als Grundlage für den Finanzbedarf der einzelnen Staaten stabile Einnahmen garantiert.

3) Kein Steuerdumping

Um darüber hinaus die Einnahmenbasis aller Eurostaaten sicherzustellen, soll eine weitere Bedingung für die EZB-Finanzierung die Teilnahme an einer umfassenden Steuerkooperation sein. Diese soll zumindest Mindeststeuersätze für Vermögen, Kapitaleinkommen und Unternehmensgewinne umfassen. Auch die Beteiligung an einer Finanztransaktionssteuer und einem automatischen Informationsaustausch, der die Besteuerung von im Ausland lebenden Staatsbürger_innen oder veranlagtem Vermögen ermöglicht, sind denkbare Voraussetzungen. Somit dient die EZB-Finanzierung als attraktiver Anreiz, aus dem zerstörerischen

Standortwettbewerb und Steuerwettlauf nach unten auszusteigen, der systematisch die Einnahmenbasis der Eurostaaten aushöhlt.

4) Keine Finanzkrise durch Wegfall von Investitionsmöglichkeiten

Das Volumen der Staatsanleihen der Eurozone umfasste im Jahr 2012 8,6 Billionen Euro. (Eurostat 2013) Mit der Einführung der EZB-Finanzierung verlieren private Investor_innen somit eine wesentliche, weitgehend sichere Anlagemöglichkeit. Doch diese entfällt nicht über Nacht: Der Anleihemarkt besteht zu einem Großteil aus bestehenden Anleihen. Selbst bei einer kompletten Umstellung der Neuverschuldung auf EZB-Kredite läuft der aktuelle Bestand in den nächsten Jahrzehnten langsam aus. Für die nötige Anpassung des Finanzsystems besteht also eine ausreichende Übergangsfrist. Die von uns vorgeschlagene Neuordnung der Staatsfinanzierung stellt zweifellos einen Systemwandel dar, der verschiedene Herausforderungen mit sich bringt. Doch die Sicherung privater Profite kann kein ausreichender Grund sein, um den hochproblematischen Status Quo der Staatsfinanzierung aufrecht zu erhalten. Die grundlegende Umgestaltung, strenge Regulierung und radikale Verkleinerung des Finanzsektors sind als Lehren aus der Krise ohnehin dringend notwendig. Mögliche Ansätze dafür sind die in Teil 1 vorgeschlagene Vermögensabgabe, die Rückverstaatlichung privatisierter Pensionsvorsorge sowie das Verbot von spekulativen Produkten und Akteur_innen.

5) Keine erhöhte Inflation

Das häufigste Totschlag-Argument gegen Staatsfinanzierung durch die Zentralbank lautet, dass diese zu erhöhter Inflation führen würde. Wolfgang Franz, damaliger Vorsitzender des deutschen Rats der Wirtschaftsweisen und Berater Angela Merkels, bezeichnete selbst Anleihekäufe der EZB auf dem Sekundärmarkt als „Todsünde“. (Tagesanzeiger 2012) Wir halten solche Ängste unter den von uns skizzierten Rahmenbedingungen für unbegründet. Die Regierungen sollen, wie wir unter 1) ausgeführt haben, keinen unbegrenzten Zugriff auf die EZB-Kredite haben. Die unter 2) und 3) skizzierten Einnahmen-Mindeststandards werden unserer Ansicht nach dazu führen, dass die Staaten insgesamt deutlich weniger neue Schulden aufnehmen als bisher. Zudem verfügen EZB und Staaten wie bisher über ausreichende Instrumente, um die Inflationsentwicklung zu beeinflussen.

## IV. Conclusio

Wie unsere Analyse in I.b.) und II.b.) zeigt, haben die bislang von progressiven Parteien, Gewerkschaften und Bündnissen gemachten Vorschläge zur Lösung der Eurokrise verschiedene Mängel:

- × Die Forderung nach einer Vermögenssteuer geht nicht weit genug und ist der historischen Ausnahmesituation der Krise nicht angemessen. Sie vernachlässigt zudem die europaweite Dimension der Thematik und läuft daher Gefahr, selbst im Fall einer Umsetzung wirkungslos zu bleiben.
- × Zudem lassen verschiedene Anhaltspunkte selbst die ohnehin geringen Forderungen nach gerechterer Verteilung wenig glaubwürdig erscheinen: Obwohl SPÖ und SPD seit Jahren eine Vermögenssteuer fordern, sind in ihren offiziellen Dokumenten keine konkreten, umsetzungsreifen Modelle zu finden. Auch die österreichischen Grünen nennen für ihre Erbschaftssteuer einmal einen Freibetrag von 500.000 Euro, dann wieder von bis zu 5 Millionen Euro.
- × Die Forderung nach Eurobonds ist nicht aus eigener Initiative entstanden, sondern ein im Kern konservativer Vorschlag, der aus progressiver Perspektive mehr Risiken als Chancen mit sich bringt.
- × Beide Forderungen stellen das Dogma der „Alternativlosigkeit“ der bisherigen konservativ-neoliberal geprägten Krisenpolitik nicht in Frage, sondern begnügen sich mit kleinen Verbesserungen oder Abschwächungen. Sie verfestigen die hegemoniale Krisendeutung und beschneiden damit sogar die Chancen, echte progressive Lösungen durchzusetzen.
- × Beide Forderungen beschränken sich auf die Bekämpfung von Krisensymptomen und zielen nicht auf eine echte Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft ab.

Progressive Antworten auf die Eurokrise sollten vielmehr…

- ✓ eine tatsächliche Behebung der Krisenursachen anstreben, um zukünftige Krisen zu vermeiden.
- ✓ ihre europaweite Dimension konsequent mitdenken, um dem Grad der politischen und ökonomischen europäischen Integration gerecht zu werden.
- ✓ eine grundlegende Alternative zur bisherigen Krisenpolitik darstellen, um die neoliberale Hegemonie im Diskurs zu brechen.
- ✓ eine Vision zur Zukunft des europäischen Sozial- und Wirtschaftsmodells entwickeln, die das bisherige Modell des Standortwettbewerbs hinter sich lässt, um Anziehungskraft und politisches Momentum zu gewinnen.

**Radikale Vorschläge als Ausweg aus der progressiven Schwäche**

Unsere Vorschläge einer Vermögensabgabe und der Staatsfinanzierung über die EZB erfüllen diese Voraussetzungen. Angesichts der konservativ-neoliberalen Vorherrschaft in Europa mögen sie nicht durchsetzbar erscheinen. Doch gerade unter diesen ungünstigen Voraussetzungen ist es wichtig, radikale Lösungen zu entwickeln. Die bisherige progressive Strategie, kaum eigene Vorschläge zu machen, sondern konservative Vorstöße sozial abzufedern zu versuchen, ist definitiv gescheitert: Obwohl die Krise Folge von Jahrzehnten neoliberaler Politik ist, konnten deren Vertreter_innen die Situation nützen, um ihre Agenda voranzutreiben. Europa ist heute neoliberaler denn je geprägt.

**Progressive Vision für Europa braucht breite Diskussionsprozesse**

Den progressiven Kräften fehlt vor allem eine politische Vision davon, wie die EU umgestaltet werden soll, um das aktuelle Modell von Standortwettbewerb, Steuer-, Sozial- und Lohndumping zu ersetzen. Unsere Vorschläge können die Entwicklung dieser Vision vorantreiben, da sie über

die unmittelbaren politisch-ökonomischen Forderungen hinausreichen. Beide sehen tiefgreifende demokratische Diskussionsprozesse vor:

Die Forderung der Vermögensabgabe verlangt eine breite Debatte darüber, welche Maßnahmen mit ihrem Aufkommen finanziert werden sollen. Sie benötigt also Antworten auf die Frage, welche gesellschaftlichen Bereiche mehr Ressourcen erhalten sollen, um möglichst allen Menschen – und zukünftigen Generationen – ein gutes Leben zu ermöglichen.

Auch der Diskussionsprozess über die Bedingungen, die Staaten für eine EZB-Finanzierung erfüllen müssen, ist weit mehr als ein Aushandeln technischer Details: Die Frage nach Mindeststandards bei Abgabenquote und Steuerstruktur ist keine geringere als jene, welchen Teil des Wohlstands unsere Gesellschaft für das Gemeinwohl verwenden will. Sie betrifft damit ein Kernstück des europäischen Sozial- und Wirtschaftsmodells. Bislang wird diese fundamentale Frage von der Politik ignoriert bzw. der Dynamik des Standortwettbewerbs überlassen, was seit Jahren zu einem Verfall des allgemeinen Lebensstandards führt. Die Frage, wie der Lebensraum Europa in Zukunft gestaltet werden soll, darf nicht vermeintlich anonymen Marktkräften überlassen werden, sondern muss demokratisch entschieden werden.

Wenn die progressiven Kräfte Europas die genannten Diskussionsprozesse gemeinsam vorantreiben und in die Öffentlichkeit tragen, können sie damit:

- nach fünf Jahren der Krise das politische Momentum gegenüber der konservativen Gegenseite zurückgewinnen.
- das in Wahlergebnissen und Umfragen erkennbare Unbehagen an der bisherigen Krisenpolitik kanalisieren und für progressive Politik nützen. (Gallup 2013)
- die bislang fehlende gemeinsame Vision für eine Europäische Union entwickeln, die nicht Vorreiterin der „Wettbewerbsfähigkeit“, sondern der sozialen Gerechtigkeit und Lebensqualität für alle Menschen ist.

**Progressive Akteur_innen brauchen Veränderung**

Um diese Trendwende zu ermöglichen, sehen wir bei progressiven Akteur_innen auf allen Ebenen entscheidenden Veränderungsbedarf: Die Sozialdemokratie muss ihre bisherige Strategie aufgeben, die neoliberale Krisenpolitik weitgehend mitzutragen. Stattdessen muss sie sich Bankenrettungen, Kürzungspolitik, Deregulierung und deren zunehmend autoritärer Durchsetzung in der öffentlichen Debatte wie auch in den Parlamenten und auf EU-Ebene entgegenstellen. Dazu wird sie sich inhaltlich wie personell vom „Dritten Weg“ verabschieden müssen. Das jahrzehntelange sozialdemokratische „Ja, aber“ zum Neoliberalismus muss durch eine echte alternative Vision ersetzt werden.
Auch die Grünen sind aufgefordert, eine definitive Oppositionshaltung zur bisherigen Krisenpolitik einzunehmen, statt einzelne Maßnahmen – in Österreich die Gründung des ESM – mitzutragen. Statt die Forderung nach einer Vermögenssteuer aufzugeben, sollten sie für Lösungen der Krise eintreten, die tatsächlich an deren Ursachen ansetzen.
Die Gewerkschaften müssen eine eigene politische Bewertung der Krisenpolitik entwickeln. Wenn die Sozialdemokratie mit dem Fiskalpakt für eine Maßnahme eintritt, die ihren wirtschafts- und sozialpolitischen Grundsätzen fundamental zuwiderläuft, müssen sie ihre Ablehnung konsequent zum Ausdruck bringen.

**Soziale Bewegungen als Bündnispartner_innen**

Keine Partei, Organisation und Gruppe kann alleine die bestmögliche Lösung für die Eurokrise und die ihr zugrundeliegenden Probleme finden – geschweige denn diese umsetzen. Neben den bereits diskutierten Schritten möchten wir zwei weitere Strategien vorschlagen, die wir für besonders wichtig halten:

1. Österreich und Europa brauchen neue, visionäre Ansätze – und dafür müssen gezielt Orte des radikalen Diskurses geschaffen werden. In Österreich fehlt beispielsweise ein linker, nicht sozialpartnerschaftlich geprägter Thinktank, während die konservative Gegenseite mit EcoAustria und AgendaAustria über solche, in der öffentlichen Auseinandersetzung wirksame Denkfabriken verfügt. Auch im Rahmen der bestehenden Foren, Konferenzen, Institute und Bündnisse muss Raum für weitreichende Debatten geschaffen werden.
2. Zur Entwicklung und demokratischen Durchsetzung einer politischen Vision sind die sozialen Bewegungen Europas logische Bezugspunkte und Bündnispartner_innen progressiver Parteien und Gewerkschaften. Insbesondere in den von der Krise betroffenen Staaten Südeuropas gibt es heute Bewegungen, in denen radikale Ideen für die Zukunft Europas entstehen und die über eine echte Massenbasis verfügen. Progressive Parteien und Gewerkschaften sollten sich systematisch und institutionell mit ihnen vernetzen, um von ihren Vorschlägen zu lernen, gemeinsame Debatten zu fördern und eine langfristige Zusammenarbeit aufzubauen. Die dringend nötige radikale Transformation Europas kann nur mit Solidarität beginnen.

## V. Literatur

Attac Deutschland (2012): Für eine europaweit koordinierte Vermögensabgabe. Attac Projektgruppe Umverteilen: Konzeptpapier; http://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Kampagnen/umverteilen/Attac-Konzeptpapier_Umverteilen.pdf.

Bach Stefan; Beznoska, Martin; Steiner Viktor (2010): Aufkommens- und Verteilungswirkungen einer Grünen Vermögensabgabe. DIW Politikberatung kompakt, 59; http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.366543.de/diwkompakt_2010-059.pdf.

Bach, Stefan (2012): Vermögensabgaben – ein Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen in Europa. DIW Wochenbericht Nr. 28/2012; http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.405699.de/12-28.

Bayer, Kurt (2013): Public Financing of Public Tasks: An Unorthodox Proposal, 19.03.2013; http://kurtbayer.wordpress.com/2013/03/19/public-financing-of-public-tasks-an-unorthodox-proposal.

BKA (2013): Werner Faymann: „Wer soll für die VP-Steuerpläne zahlen?“, 24.02.2013; http://www.bundeskanzleramt.at/site/cob__50439/7791/default.aspx.

Binding, Lothar (2013): Vorsicht vor falschen Horror-Zahlen zur Vermögensteuer, 18.06.2013; http://www.spdfraktion.de/presse/pressemitteilungen/vorsicht-vor-falschen-horror-zahlen-zur-verm%C3%B6gensteuer.

Bündnis 90/Die Grünen (2013) Zeit für den grünen Wandel. Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen. Bundestagswahlprogramm 2013. http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Wahlprogramm/Wahlprogramm-barrierefrei.pdf.

Delpla, Jacques; von Weizsäcker, Jakob (2010): The blue bond proposal. Bruegel Policy Brief 03/2010; http://www.bruegel.org/download/parent/403-the-blue-bond-proposal/file/885-the-blue-bond-proposal-english.

Deppe, Frank (2009): Mairede, 01.05.2009; http://nordstadt.files.wordpress.com/2009/05/rede-deppe-braunschweig-1-mai2.pdf.

Der Spiegel (2010): Vorwürfe gegen Merkel: Steinmeier fordert gemeinsame Euro-Anleihen, 15.12.2010; http://www.spiegel.de/politik/ausland/vorwuerfe-gegen-merkel-steinmeier-fordert-gemeinsame-euro-anleihen-a-734786.html.

Der Standard (2013): SP-Vermögenssteuer: zwischen 0,5 und einem Prozent, 07.09.2013; http://derstandard.at/1378248387422/SP-Vermoegenssteuer-Steuersatz-zwischen-05-und-einem-Prozent.

DGB (2012): Ein Marshallplan für Europa. Vorschlag des deutschen Gewerkschaftsbundes für ein Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm für Europa; http://www.dgb.de/repository/public_storage/64e1dc32-4081-11e2-9bfe-00188b4dc422/file/ein-Marshallplan-fuer-europa.pdf.

Die Grünen (2013a): Eurobonds: gemeinsam statt einsam. https://www.gruene.at/themen/finanzen/eurobonds-gemeinsam-statt-einsam.

Die Grünen (2013b): Saubere Umwelt. Saubere Politik. Wahlprogramm der Grünen Nationalratswahl 2013; https://www.gruene.at/partei/programm/wahlprogramme/wahlprogramm-lang-2013.pdf.

Die Linke (2013): Mit Steuern umsteuern: Reichtum ist teilbar; http://www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm2013/wahlprogramm2013/isolidaritaetneuerfindengutearbeitundsozialegerechtigkeit/mitsteuernumsteuernreichtumistteilbar.

Die Zeit (2012): Ein Merkelleben lang, 27.06.2012; http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-06/merkel-glosse.

Eckertstorfer, Paul; Halak, Johannes; Kapeller, Jakob, Schütz, Bernhard; Springholz, Bernhard; Wildauer, Rafael (2013): Vermögen in Österreich. Bericht zum Forschungsprojekt „Reichtum im Wandel“; http://media.arbeiterkammer.at/PDF/Vermoegen_in_Oesterreich.pdf.

ELEC – European League for Economic Co-operation (2011): The ELEC “Euro T-Bill Fund”; http://www.elec-lece.eu/documents/doc/mon-12jan-EmuBondFund.pdf.

Europäische Kommission (2011): Green Paper on the feasibility of introducing Stability Bonds. Memo/11/820; http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-11-820_en.pdf.

Europäische Kommission (2012): Ein Konzept für eine vertiefte und echte Wirtschafts- und Währungsunion: Auftakt für eine europäische Diskussion. Mitteilung der Kommission, 30.11.2012; http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/archives/2012/11/pdf/blueprint_de.pdf.

Europäisches Attac Netzwerk (2013): Für eine europaweit koordinierte Vermögensabgabe; http://www.attac.org/de/what-we-do/campaigns/f%C3%BCr-eine-europaweit-koordinierte-verm%C3%B6gensabgabe.

Eurostat (2013): Defizit/Überschuss, Schuldenstand des Staates und damit zusammenhängende Daten, Zugriff 6. Oktober 2013; Datenbank: http://epp.eurostat.ec.europa.eu.

Gallup (2013): Debating Europe Poll: Austerity Policies. Key Results Of An Opinion Survey, September 2013; http://www.scribd.com/doc/172138343/Gallup-Debating-Europe-Poll-Austerity-Policies.

Gruene.de (2013): Das Steuerkonzept der Grünen mit Rechenbeispielen, 09.05.2013; http://www.gruene.de/themen/wirtschaft-arbeit/das-steuerkonzept-der-gruenen-mit-rechenbeispielen.html.

Handelsblatt (2010): Juncker sauer auf Merkels „Uneuropäische Politik", 08.12.2010; http://www.handelsblatt.com/politik/international/nach-absage-an-euro-bonds-juncker-sauer-auf-merkels-uneuropaeische-politik/3662924.html.

Horn, Gustav; Joebges, Heike; Niechoj, Torsten; Proano, Christian; Sturn, Simon; Tober, Silke; Truger, Achim; van Treeck, Till (2009): Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (I-III). IMK Report 38/40/41/2009; http://www.boeckler.de/imk_39558.htm.

ÖGB (2011): Resolution des ÖGB-Bundesvorstands, 05.04.2011; http://www.oegb.at/servlet/ContentServer?pagename=S06/Page/Index&n=S06_6.2.a&cid=1301911443473.

ORF (2011): „Schuldenbremse allein löst kein einziges Problem", 21.11.2011; http://orf.at/stories/2090388/2090379.

ORF (2013): NR-Wahl: Werner Kogler beantwortete Fragen, 19.09.2013; http://steiermark.orf.at/news/stories/2601955.

PES – Party of European Socialists (2010): Eurobonds and a European Stability Agency are the GPS that the Eurozone ship desperately needs. http://www.pes.eu/en/news/eurobonds-and-european-stability-agency-are-gps-eurozone-ship-desperately-needs.

Reinhart, Carmen; Rogoff, Kenneth (2009): This Time Is Different: Eight Centuries of Financial Folly. Princeton: Princeton University Press.

Reuters (2010): Juncker, Tremonti want E-Bonds; Schaeuble differs, 05.12.2010; http://www.reuters.com/article/2010/12/06/ebond-idUSLDE6B40HG20101206.

RP Online (2013): Steinbrück entschärft Vermögensteuer, 16.02.2013; http://nachrichten.rp-online.de/titelseite/steinbrueck-entschaerft-vermoegensteuer-1.3199328.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2012): Der Europäische Schuldentilgungspakt – Fragen und Antworten. Arbeitspapier 01/2012; http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/publikationen/arbeitspapier_01_2012.pdf.

Schulmeister, Stephan (2011): The European Monetary Fund. A systemic problem needs a systemic solution; http://www.wifo.ac.at/publikationen?detail-view=yes&publikation_id=44433.

Seidl, Christian (2012): Capital Levies – History and Future; http://regconf.hse.ru/uploads/5017338bdbb4f709a865390296c198b4110dc1ae.docx.

SPD (2013): Das Wir entscheidet. Das Regierungsprogramm 2013-2017; http://www.spd.de/linkableblob/96686/data/20130415_regierungsprogramm_2013_2017.pdf.

Statistik Austria (2013): Öffentliche Finanzen 2012: Die Staatseinnahmen bzw. -ausgabenquoten steigen wieder an, das Maastricht-Defizit liegt bei 2,5%; http://www.statistik.at/web_de/statistiken/oeffentliche_finanzen_und_steuern/oeffentliche_finanzen/einnahmen_und_ausgaben_des_staates.

Swoboda, Hannes (2013): Faymann zu Gast in Straßburg, 14.01.2013; http://hannes-swoboda.at/?p=6402.

Tagesanzeiger (2012): "Spielen wir dieses Szenario doch mal durch", 08.06.2012; http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Spielen-wir-dieses-Szenario-doch-mal-durch/story/16712087.

umFAIRteilen (2012): Was bringt eine Vermögensteuer? http://umfairteilen.de/start/info.

Valluga AG (2011): D. A. CH – Vermögensreport 2011. http://www.valluga.li/txt/Valluga%20D.A.CH-Verm%F6gensreport%202011.pdfv.

Vermögensteuer jetzt (2011): Gute Gründe für die Besteuerung großer Vermögen; http://www.vermoegensteuerjetzt.de/topic/7.hintergrund.html.

Wege aus der Krise (2010): Unbesteuerter Reichtum gefährdet unsere Zukunft! Ja zu sozialer Gerechtigkeit! Ja zur Vermögenssteuer!; http://www.wege-aus-der-krise.at/fileadmin/dateien/downloads/Vermoegenssteuer/factsheet_20.05_online.pdf.